

Hintergrundpapier

Nr. 7 / 2008

Der Kaukasus-Konflikt – Die Krise des imperialen Denkens

Wolfgang Gerhardt

Der Ton wird schärfer zwischen Russland und dem Westen. Der Lösung des Konflikts im Kaukasus dient das nicht. Für Stabilität kann hier vor allem die EU sorgen, mit kleinen, aber effizienten Schritten.

Im Konflikt im südlichen Kaukasus gibt es keine Sieger. Zwar ist die russische Demonstration militärischer Stärke erkennbar, und auch der georgische Präsident Saakaschwili lässt sich feiern. Doch letztlich gibt es nur Verlierer. Dazu zählen zuerst die Menschen auf beiden Seiten, die ihr Leben, ihre Gesundheit oder ihr Eigentum verloren haben. Dazu zählt die georgische Demokratie. Dazu zählt die Europäische Union, die nicht verhindern konnte, dass zwischen zwei Ländern, mit denen sie partnerschaftliche Beziehungen unterhält, ein bewaffneter Konflikt ausbricht. Das gilt auch für die USA, die sich stark in Georgien engagiert haben. Und dazu zählt schließlich auch Russland – auch wenn das im Moment in Moskau nicht so gesehen wird. Russland hat zwar kurzfristig seine Position gestärkt, ist aber von einem dauerhaft guten und auch für Russland nutzbringenden Verhältnis zu seinen Nachbarn weiter entfernt als zuvor.

Der genaue Verlauf des Konflikts ist noch aufzuarbeiten. Trotz aller vorangegangenen Provokationen war es ein schwerer Fehler des georgischen Präsidenten, die Rückeroberung Südossetien mit einer Militäraktion zu versuchen. Ebenso wenig sind die Verletzungen des georgischen Staatsgebiets durch russische Truppen zu rechtfertigen. Doch vorrangig geht es jetzt nicht um die Klärung der Verantwortlichkeiten, sondern darum, erst einmal zu einem belastbaren Waffenstillstand zu kommen und langfristige Perspektiven für den südlichen Kaukasus zu entwickeln.

Das geht aus meiner Sicht nur dann, wenn wir nicht in überholte Denkmuster zurückfallen, gleichzeitig aber mit den Pfunden wuchern, die den Erfolg der EU begründen.

Eine wichtige Ursache des Konflikts und seiner Eskalation ist, dass sowohl Russland als auch Georgien in der Logik des imperialen Denkens gefangen sind, wenn auch natürlich in völlig unterschiedlichen Größenordnungen. Beiden Ländern geht es um die Herrschaft über ein Territorium. Sie definieren politischen Erfolg darüber, wie viel Gebiet sie beherrschen. Ohne Zweifel ist Souveränität eine wichtige Kategorie staatlichen Handelns und des Völkerrechts. Doch wenn sich eine Situation entwickelt hat, in der ein Gebiet seine Unabhängigkeit fordert, reicht es in der heutigen Welt nicht aus, auf der Souveränität zu bestehen und sie irgendwann mit allen Mitteln durchzusetzen. Das perpetuiert die Konflikte. Wenn Länder eine Chance haben wollen, separatistische Tendenzen umzukehren und eine gemeinsame Zukunft aufzubauen, dann geht das nur, wenn sie für die Bewohner der betreffenden Gebiete attraktiver werden. Dazu gehören sowohl ein hohes Maß an Toleranz und Rechtssicherheit für die Angehörigen von Minderheiten als auch wirtschaftliche Chancen. Eine derartige Politik hat Georgien in den letzten Jahren versäumt. Übrig geblieben ist purer Nationalismus – und ein Präsident, der wenig Staatsklugheit bewiesen hat. Das ist – neben dem russischen Interesse an der Verstärkung der Konflikte – auch eine Ursache dafür, dass es zu keiner friedlichen Lösung kam.



In einer Atmosphäre der Intoleranz entstand die Unabhängigkeitsbewegung in den bisher autonomen Territorien Abchasien und Südossetien. Genutzt wurde die Situation von Beginn an von imperialen Kräften in Russland zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses auf das "benachbarte Ausland". Diese Konstellation führte zu den Kriegen zwischen Georgien, Abchasien und Südossetien Anfang der 1990er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und zur darauf folgenden Verfestigung der Konflikte, die jetzt eskaliert sind.

Was kann also getan werden? Welche Rolle kann die Europäische Union dabei spielen? Eine Lösung ist letztlich nur möglich, wenn alle Seiten davon Vorteile haben. Deshalb haben zwei einfache Denkmuster ausgedient: Das schon erwähnte imperiale Denken und das Lagerdenken, dass derzeit auch im Westen wieder verstärkt an Einfluss gewinnt. Es ist sogar oft zu hören, dass wir vor einem neuen kalten Krieg stehen oder sogar schon mittendrin sind.

Die moderne Welt besteht jedoch nicht aus einander gegenüber stehenden Lagern. Europa muss und darf nicht die Frage beantworten: Russland oder Georgien? Das ist eine falsche Alternative. Sie ist ebenso falsch wie die oft im Kontext der Russlandpolitik der EU gestellte Frage: Interessenbasierte oder wertbezogene Außenpolitik? Wir brauchen eine Politik, die beides vereint: Möglichst intensiven Austausch, und das nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, und klares Eintreten für die Grundwerte der Europäischen Union. Der EU und Deutschland darf es nicht einfach um „Einfluss“ gehen. Sie sind interessiert an demokratischen, funktionierenden und offenen Staaten in ihrer Nachbarschaft. Diese Politik liegt auch im langfristigen Interesse Russlands. Es ist von der russischen Führung zu kurz gedacht, wenn sie nur auf den kurzfristigen innenpolitischen Erfolg schaut, den sie offensichtlich eingefahren hat. Solche Erfolge verderben eher den Charakter. Langfristig wird sie mehr davon profitieren – und zwar sowohl in Hinsicht auf die Sicherheit als auch auf die Wirtschaft – wenn sie stabile Staaten an all ihren Grenzen hat. Dann hat sie möglicherweise weniger direkten Einfluss, aber die Entwicklungschancen des Landes verbessern sich. Diese Einsicht sollte von der EU befördert werden, auch wenn sich hier Erfolge nur sehr langsam einstellen werden.

Das Bestehen auf den Grundwerten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat muss auch für Georgien gelten. Die Mängel der georgischen Demokratie dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden, weil Georgien „auf der richtigen Seite“ steht. Der georgische Präsident darf nicht den Eindruck bekommen, dass seine westlichen Partner kritiklos jedes politische Abenteuer unterstützen. Das gilt in besonderer Weise für die NATO. Dass Russland gegen den Beitritt Georgiens ist, darf kein Kriterium für die NATO sein. Doch umgekehrt darf nicht die Erwartungshaltung genährt werden, dass die NATO Georgien bei jedem militärischen Abenteuer unterstützt. Was die georgische Führung getan hat, war deshalb aus meiner Sicht auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Vereinigten Staaten. Ihr fehlt politische Reife.

Die Lösung der Konflikte wird nicht in einem Schritt gelingen. Wenn die Waffen schweigen, beginnt die mühevollen Kleinarbeit mit all ihren Rückschlägen. Es muss Vertrauen geschaffen werden, es müssen wirtschaftliche und politische Perspektiven für das Zusammenleben geschaffen werden. Dazu ist der Aufbau dezentraler, demokratischer Strukturen ebenso notwendig wie die Öffnung für den wirtschaftlichen Austausch. Hier hat die EU viel zu bieten. Sie hat erfolgreich gezeigt, wie friedliches Zusammenleben gestaltet werden kann. Eine solche Politik ist weder besonders originell noch verspricht sie kurzfristig öffentlichkeitswirksame Erfolge. Doch sie ist langfristig alternativlos.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org